

VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

Absender: MIT DER INTERNATIONALEN VORLÄUFIGEN PRÜFUNG BEAUFTRAGTE BEHÖRDE

PCT

An:

BERG, Peter
Siemens AG
Postfach 22 16 34
80506 München
ALLEMAGNE

CT IPS AM Mch P

rec. DEC 2 9 2005
IP
time limit 30.01.2006

MITTEILUNG ÜBER DIE ÜBERSENDUNG
DES INTERNATIONALEN VORLÄUFIGEN
BERICHTS ZUR PATENTIERBARKEIT
(Regel 71.1 PCT)

Absendedatum
(Tag/Monat/Jahr)

28.12.2005

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts
2003P08256WO

WICHTIGE MITTEILUNG

Internationales Aktenzeichen
PCT/EP2004/009154

Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr)
16.08.2004

Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr)
30.09.2003

Anmelder

SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT et al

1. Dem Anmelder wird mitgeteilt, daß ihm die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde hiermit den zu der internationalen Anmeldung erstellten internationalen vorläufigen Bericht zur Patentierbarkeit, gegebenenfalls mit den dazugehörigen Anlagen, übermittelt.
2. Eine Kopie des Berichts wird - gegebenenfalls mit den dazugehörigen Anlagen - dem Internationalen Büro zur Weiterleitung an alle ausgewählten Ämter übermittelt.
3. Auf Wunsch eines ausgewählten Amtes wird das Internationale Büro eine Übersetzung des Berichts (jedoch nicht der Anlagen) ins Englische anfertigen und diesem Amt übermitteln.

4. ERINNERUNG

Zum Eintritt in die nationale Phase hat der Anmelder vor jedem ausgewählten Amt innerhalb von 30 Monaten ab dem Prioritätsdatum (oder in manchen Ämtern noch später) bestimmte Handlungen (Einreichung von Übersetzungen und Entrichtung nationaler Gebühren) vorzunehmen (Artikel 39 (1)) (siehe auch die durch das Internationale Büro im Formblatt PCT/IB/301 übermittelte Information).

Ist einem ausgewählten Amt eine Übersetzung der internationalen Anmeldung zu übermitteln, so muß diese Übersetzung auch Übersetzungen aller Anlagen zum internationalen vorläufigen Bericht zur Patentierbarkeit enthalten. Es ist Aufgabe des Anmelders, solche Übersetzungen anzufertigen und den betroffenen ausgewählten Ämtern direkt zuzuleiten.

Weitere Einzelheiten zu den maßgebenden Fristen und Erfordernissen der ausgewählten Ämter sind Band II des PCT-Leitfadens für Anmelder zu entnehmen.

Der Anmelder wird auf Artikel 33(5) hingewiesen, in welchem erklärt wird, daß die Kriterien für Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit, die im Artikel 33(2) bis (4) beschrieben werden, nur für die internationale vorläufige Prüfung Bedeutung haben, und daß "jeder Vertragsstaat (...) für die Entscheidung über die Patentfähigkeit der beanspruchten Erfindung in diesem Staat zusätzliche oder abweichende Merkmale aufstellen" kann (siehe auch Artikel 27(5)). Solche zusätzlichen Merkmale können z.B. Ausnahmen von der Patentierbarkeit, Erfordernisse für die Offenbarung der Erfindung sowie Klarheit und Stützung der Ansprüche betreffen.

Name und Postanschrift der mit der internationalen Prüfung beauftragten Behörde



Europäisches Patentamt
D-80298 München
Tel. +49 89 2399 - 0 Tx: 523656 epmu d
Fax: +49 89 2399 - 4465

Bevollmächtigter Bediensteter

Filip, H

Tel. +49 89 2399-2861





VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

PCT

INTERNATIONALER VORLÄUFIGER BERICHT ÜBER DIE PATENTIERBARKEIT

(Kapitel II des Vertrags über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens)

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts 2003P08256WO	WEITERES VORGEHEN siehe Formblatt PCT/PEA/416	
Internationales Aktenzeichen PCT/EP2004/009154	Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr) 16.08.2004	Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr) 30.09.2003
Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK H04L12/24, H04L29/06		
Anmelder SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT et al		
<p>1. Bei diesem Bericht handelt es sich um den internationalen vorläufigen Prüfungsbericht, der von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde nach Artikel 35 erstellt wurde und dem Anmelder gemäß Artikel 36 übermittelt wird.</p> <p>2. Dieser BERICHT umfaßt insgesamt 5 Blätter einschließlich dieses Deckblatts.</p> <p>3. Außerdem liegen dem Bericht ANLAGEN bei; diese umfassen</p> <p>a. <input checked="" type="checkbox"/> (an den Anmelder und das Internationale Büro gesandt) insgesamt 3 Blätter; dabei handelt es sich um</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Blätter mit der Beschreibung, Ansprüchen und/oder Zeichnungen, die geändert wurden und diesem Bericht zugrunde liegen, und/oder Blätter mit Berichtigungen, denen die Behörde zugestimmt hat (siehe Regel 70.16 und Abschnitt 607 der Verwaltungsvorschriften).</p> <p><input type="checkbox"/> Blätter, die frühere Blätter ersetzen, die aber aus den in Feld Nr. 1, Punkt 4 und im Zusatzfeld angegebenen Gründen nach Auffassung der Behörde eine Änderung enthalten, die über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgeht.</p> <p>b. <input type="checkbox"/> (nur an das Internationale Büro gesandt) insgesamt (bitte Art und Anzahl der/des elektronischen Datenträger(s) angeben), der/die ein Sequenzprotokoll und/oder die dazugehörigen Tabellen enthält/enhalten, nur in computerlesbarer Form, wie im Zusatzfeld betreffend das Sequenzprotokoll angegeben (siehe Abschnitt 802 der Verwaltungsvorschriften).</p>		
<p>4. Dieser Bericht enthält Angaben zu folgenden Punkten:</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Feld Nr. I Grundlage des Bescheids</p> <p><input type="checkbox"/> Feld Nr. II Priorität</p> <p><input type="checkbox"/> Feld Nr. III Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit</p> <p><input type="checkbox"/> Feld Nr. IV Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Feld Nr. V Begründete Feststellung nach Artikel 35(2) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung</p> <p><input type="checkbox"/> Feld Nr. VI Bestimmte angeführte Unterlagen</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Feld Nr. VII Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung</p> <p><input type="checkbox"/> Feld Nr. VIII Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung</p>		
Datum der Einreichung des Antrags 26.07.2005	Datum der Fertigstellung dieses Berichts 28.12.2005	
Name und Postanschrift der mit der internationalen Prüfung beauftragten Behörde  Europäisches Patentamt D-80298 München Tel. +49 89 2399 - 0 Tx: 523656 epmu d Fax: +49 89 2399 - 4465	Bevollmächtigter Bediensteter Günther, S Tel. +49 89 2399-6962 	

INTERNATIONALER VORLÄUFIGER BERICHT
ÜBER DIE PATENTIERBARKEITInternationales Aktenzeichen
PCT/EP2004/009154

10/574168

Feld Nr. I Grundlage des Berichts

1. Hinsichtlich der **Sprache** beruht der Bericht auf der internationalen Anmeldung in der Sprache, in der sie eingereicht wurde, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.
- ☐ Der Bericht beruht auf einer Übersetzung aus der Originalsprache in die folgende Sprache, bei der es sich um die Sprache der Übersetzung handelt, die für folgenden Zweck eingereicht worden ist:
- ☐ internationale Recherche (nach Regeln 12.3 und 23.1 b))
 - ☐ Veröffentlichung der internationalen Anmeldung (nach Regel 12.4)
 - ☐ internationale vorläufige Prüfung (nach Regeln 55.2 und/oder 55.3)
2. Hinsichtlich der **Bestandteile*** der internationalen Anmeldung beruht der Bericht auf (*Ersatzblätter, die dem Anmeldeamt auf eine Aufforderung nach Artikel 14 hin vorgelegt wurden, gelten im Rahmen dieses Berichts als "ursprünglich eingereicht" und sind ihm nicht beigelegt*):

Beschreibung, Seiten

1-10 in der ursprünglich eingereichten Fassung

Ansprüche, Nr.

1-9 eingegangen am 26.07.2005 mit Schreiben vom 25.07.2005

Zeichnungen, Blätter

1/1 in der ursprünglich eingereichten Fassung

☐ einem Sequenzprotokoll und/oder etwaigen dazugehörigen Tabellen - siehe Zusatzfeld betreffend das Sequenzprotokoll

3. ☒ Aufgrund der Änderungen sind folgende Unterlagen fortgefallen:

- ☐ Beschreibung: Seite
- ☒ Ansprüche: Nr. 10-12
- ☐ Zeichnungen: Blatt/Abb.
- ☐ Sequenzprotokoll (*genaue Angaben*):
- ☐ etwaige zum Sequenzprotokoll gehörende Tabellen (*genaue Angaben*):

4. ☐ Dieser Bericht ist ohne Berücksichtigung (von einigen) der diesem Bericht beigelegten und nachstehend aufgelisteten Änderungen erstellt worden, da diese aus den im Zusatzfeld angegebenen Gründen nach Auffassung der Behörde über den Offenbarungsgehalt in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgehen (Regel 70.2 c)).

- ☐ Beschreibung: Seite
- ☐ Ansprüche: Nr.
- ☐ Zeichnungen: Blatt/Abb.
- ☐ Sequenzprotokoll (*genaue Angaben*):
- ☐ etwaige zum Sequenzprotokoll gehörende Tabellen (*genaue Angaben*):

* Wenn Punkt 4 zutrifft, können einige oder alle dieser Blätter mit der Bemerkung "ersetzt" versehen werden.

**INTERNATIONALER VORLÄUFIGER BERICHT
ÜBER DIE PATENTIERBARKEIT**

Internationales Aktenzeichen
PCT/EP2004/009154

Feld Nr. V Begründete Feststellung nach Artikel 35 (2) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

1. Feststellung
- | | |
|--------------------------------|--------------------|
| Neuheit (N) | Ja: Ansprüche 1-9 |
| | Nein: Ansprüche |
| Erfinderische Tätigkeit (IS) | Ja: Ansprüche 1-9 |
| | Nein: Ansprüche |
| Gewerbliche Anwendbarkeit (IA) | Ja: Ansprüche: 1-9 |
| | Nein: Ansprüche: |

2. Unterlagen und Erklärungen (Regel 70.7):

siehe Beiblatt

Feld Nr. VII Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung

Es wurde festgestellt, daß die internationale Anmeldung nach Form oder Inhalt folgende Mängel aufweist:

siehe Beiblatt

Zu Punkt V

1. Es wird auf folgende Dokumente verwiesen:

D1: DE 101 34 356 A

D2: US 2003/018899 A1

2. Die vorliegende Anmeldung erfüllt die Anforderungen von Artikel 33(1) PCT.
3. Der Gegenstand des Anspruchs 1 ist neu und wird als erfinderisch betrachtet, Artikel 33(2) und (3) PCT, weil der im Internationalen Recherchenbericht zitierte Stand der Technik das beanspruchte Verfahren weder offenbart noch nahelegt.
 - 3.1. Dokument D1, das als nächstliegender Stand der Technik angesehen wird, offenbart ein Verfahren zur Zugangsautorisierung für Softwaremodule in einem Rechner, wobei eine Lizenzdatenbasis verwendet wird, in welcher die Softwaremodule und Lizenzinformationen gespeichert sind, dass die Installation eines Softwaremoduls eine Interaktion zwischen Lizenzdatenbasis und einem portablen, computerlesbaren Datenträger auslöst, wobei eine Hardwarekenninformation erzeugt wird, dass Hardwarekenninformation und Lizenzinformation an einen entfernten Lizenzmanager übermittelt wird, dass der Lizenzmanager eine Lizenzbestätigungsinformation erzeugt und rückübermittelt, und diese im Rechner über die Authorisation des Softwaremoduls entscheidet.
 - 3.2. Der Gegenstand des Anspruchs 1 unterscheidet sich von der Offenbarung in D1 in einer Vermittlungseinrichtung, deren Leistungsmerkmale durch eine autorisierte Nutzung einer Anzahl dieser Softwaremodule vorgegeben werden, dass eine Lizenzdatenbasis in der Vermittlungseinrichtung eingerichtet ist und Aktivierung eines in der Lizenzdatenbasis bereitgehaltenen Softwaremoduls eine Interaktion mit einem der Vermittlungseinrichtung zugeordneten Datenträger auslöst, und dass der Lizenzmanager eine Lizenzreferenzdatenbasis verwendet, in welcher die von einem Betreiber einer Vermittlungseinrichtung erworbenen Lizenzen gespeichert sind.
 - 2.3. Das zu lösende objektive technische Problem besteht in einer automatisierten

Kontrolle der Nutzung lizenzpflichtiger Softwaremodule in
Telekommunikationsanlagen mit vorkonfigurierter Software.

2.4. D1 offenbart nur Zugangsautorisierung für Softwaremodule in PCs, und das Verfahren unterscheidet sich von der Erfindung besonders darin, dass die zu aktivierenden Softwaremodule erst installiert werden müssen und dafür Installationsprozeduren benötigt werden, welche selbst erst nach erfolgter Berechtigungsprüfung vervollständigt werden, wodurch sich zwar unberechtigtes Laden und Installieren von neuer Software verhindern lässt, nicht aber das unberechtigte Aktivieren bereits vorinstallierter Software. D1 gibt weder einen Hinweis auf vorabinstallierte lizenzpflichtige Software, noch auf die Verwaltung von Softwaremodulen in Netzservern oder gar in Telekommunikationsanlagen. D2 beschränkt sich auf ein zentralisiertes Überwachen, Managen und Zuweisen von Lizenzen und Ressourcen in einem Telekommunikationsnetz, jedoch klammert auch dieses Dokument in Vermittlungsrechnern vorinstallierte Softwaremodule aus. Ausserdem fehlt in D2 jeder Hinweis auf ein Erzeugen und Versenden von Hardwarekenninformationen für die Autorisierung. Die verbleibenden Dokumente des Internationalen Recherchenberichts beschränken sich nur auf verschiedene Verfahren zur Softwarelizenzierung per se.

2.5. Die Ansprüche 2-9 sind vom Anspruch 1 abhängig und sind damit ebenfalls neu und erfinderisch, Artikel 33(2),(3) PCT.

Zu Punkt VII

1. Die einschlägigen Druckschriften D1 und D2 wurden nicht in der Beschreibung erwähnt und kurz umrissen, Regel 5.1(a)(ii) PCT.

Neue Patentansprüche

1. Verfahren zur Zugangsautorisierung für Softwaremodule
in einer rechnergesteuerten Vermittlungseinrichtung
(1), deren Leistungsmerkmale durch eine autorisierte
Nutzung einer Anzahl dieser Softwaremodule vorgegeben
wird, wobei eine Lizenzdatenbasis (4) verwendet wird,
in welcher die Softwaremodule und jeweils diesen
zugeordnete Lizenzinformationen gespeichert sind,
dadurch gekennzeichnet,
dass die Lizenzdatenbasis (4) in der
Vermittlungseinrichtung (1) eingerichtet ist und eine
Aktivierung zumindest eines in der Lizenzdatenbasis
(4) bereitgehaltenen aber nicht genutzten
Softwaremoduls eine Interaktion zwischen der
Lizenzdatenbasis (4) und einem, der
Vermittlungseinrichtung (1) zugeordneten, portablen,
computerlesbaren Datenträger (3) auslöst, wobei eine
Hardwarekenninformation erzeugt wird,
dass die Hardwarekenninformation und die
Lizenzinformation des zumindest einen Softwaremoduls
vom Vermittlungsrechner (1) über eine
Kommunikationsverbindung (6) an einen von der
Vermittlungsstelle (1) örtlich entfernt liegenden
Lizenzmanager (2) übermittelt wird,
dass der Lizenzmanager (2) eine
Lizenzbestätigungsinformation erzeugt und diese an
den Vermittlungsrechner rückübermittelt, wobei er
beim Erzeugen der Lizenzbestätigungsinformation eine
Lizenzreferenzdatenbasis verwendet, in welcher die
jeweils von einem Betreiber einer
Vermittlungseinrichtung (1) käuflich erworbenen
Lizenzen für Softwaremodule gespeichert sind, und

2

dass die Lizenzbestätigungsinformation im Vermittlungsrechner (1) über die Autorisation des zumindest einen Softwaremoduls entscheidet.

- 5 2. Verfahren nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, dass bei der Interaktion zwischen der Lizenzdatenbasis (4) und dem computerlesbaren Datenträger (3) ein kryptographischer Algorithmus verwendet wird.

10

3. Verfahren nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, dass bei der Interaktion zwischen der Lizenzdatenbasis (4) und dem computerlesbaren Datenträger (3) ein asymmetrisches Verschlüsselungsverfahren verwendet wird.

15

4. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, dass als portabler Datenträger (3) eine Smart-Card, oder eine Chip-Card oder eine SD/Multi-Media-Card verwendet wird.

20

5. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 4, dadurch gekennzeichnet, dass die Hardwarekenninformation und die Lizenzinformationen vom Vermittlungsrechner (1) an den Lizenzmanager (2) verschlüsselt übermittelt werden.

25

6. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 5, dadurch gekennzeichnet, dass der Lizenzmanager (2) als Server realisiert ist und über ein Kommunikationsnetz mit der Vermittlungseinrichtung (1) vernetzt ist.

30

7. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 6, dadurch gekennzeichnet, dass für den Fall, dass die

3

Lizenzinformation eines zu konfigurierenden
Softwaremoduls in den vom Betreiber erworbenen
Lizenzen enthalten ist, ein
Lizenzbestätigungsinformation erzeugt wird, welche
in der Vermittlungseinrichtung (1) den Dauerbetrieb
des zumindest einen Softwaremoduls autorisiert.

8. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 6, dadurch
gekennzeichnet, dass für den Fall, dass die
Lizenzinformation eines zu konfigurierenden
Softwaremoduls nicht in den vom Betreiber erworbenen
Lizenzen enthalten ist, ein
Lizenzbestätigungsinformation erzeugt wird, welche in
der Vermittlungseinrichtung (1) während einer
vorgegebene Zeitdauer einen Testbetrieb des zumindest
einen Softwaremoduls autorisiert.

9. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 8, dadurch
gekennzeichnet, dass die Kommunikationsverbindung
(6,7,8) zwischen der Vermittlungseinrichtung (1) und
dem Lizenzmanager (2) über ein leitungsvermittelndes
und/oder paketvermittelndes Kommunikationsnetz
geführt wird.